U 001
Lfd.-Nr. 1054

DGB-Bundesvorstand

Eine gerechte Globalisierung braucht starke Gewerkschaften

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme

Die globale Wirtschaft erholt sich in kleinen Schritten von der großen Krise, aber nichts deutet darauf hin, dass sie sich grundsätzlich stabiler entwickelt. Die Folgen der letzten globalen Krise sind für viele Menschen immer noch verheerend. Mehr als 200 Millionen Menschen sind weltweit arbeitslos und ihre Zahl steigt immer noch. Besonders betroffen sind Frauen und junge Menschen. Die Einkommen der arbeitenden Menschen decken oft nicht mehr die Lebenshaltungskosten. Die Schere zwischen den untersten und obersten Einkommen wird immer größer.

Viele Regierungen reagieren auf die Krise mit drastischen Kürzungen der Staatsausgaben und einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Ausdruck dieser Tendenz ist die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die unsicher sind, keinen ausreichenden sozialen Schutz bieten und mit Niedriglöhnen vergütet werden. Sie berauben die Menschen ihrer beruflichen Perspektive und versagen ihnen existenzsichernde Löhne.

Die informelle Beschäftigung erreicht nicht nur in Entwicklungsländern eine nie da gewesene Dimension. Achtzig Prozent der Weltbevölkerung leben ohne irgendeinen solidarischen Schutz vor den Risiken des Lebens. Insbesondere in Krisenländern werden bestehende Sozialstandards und soziale Sicherungssysteme abgebaut. Hinzu kommt, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter gesundheits- und oft lebensgefährlichen Bedingungen arbeiten müssen.

Immer mehr Unternehmen entziehen sich den bindenden Regeln von Tarifverträgen oder verhindern - teilweise mit drastischen Methoden - die Bildung einer kollektiven Interessensvertretung im Betrieb, um Tarifverträge zu vermeiden. In vielen Ländern wird diese Politik von Regierungen unterstützt, die die Bildung von freien Gewerkschaften behindern, Tarifpolitik unverhältnismäßig erschweren oder durch Gesetze untergraben bzw. schlichtweg unterbinden.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung steht vor der Herausforderung die massiven Angriffe auf freie Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte abzuwehren und gleichzeitig den ge-

sellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen entschlossen entgegen zu treten.

Wir bieten den Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Starke freie Gewerkschaften sind der Schlüssel zur Überwindung großer sozioökonomischer Herausforderungen. Starke freie Gewerkschaften sind zentral für eine nachhaltige, soziale, wirtschaftliche und geschlechtergerechte Entwicklung, denn wir Gewerkschaften:

- kämpfen für gute Löhne und Gehälter.
- schützen die Interessen aller Beschäftigten.
- sorgen für sichere und gesunde Arbeitsplätze.
- erhalten Arbeitsplätze.
- stehen für Mitbestimmung und damit für Demokratie am Arbeitsplatz.
- vermindern nachweislich Einkommensungleichheiten.
- verringern ein geschlechtsspezifisches Lohn- und Gehaltsgefälle.

Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte stärken

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) mit seinen 175 Millionen Mitgliedern in 353 Mitgliedsorganisationen in 157 Ländern ist die größte demokratische Kraft der Welt. Und dennoch sind gegenwärtig lediglich sieben Prozent der arbeitenden Menschen weltweit Mitglied einer freien Gewerkschaft. Gründe dafür liegen in einer zunehmenden Informalisierung und Prekarisierung der Arbeitswelt und in der gewerkschaftsfeindlichen Haltung vieler Regierungen und Arbeitgeber. In vielen Ländern der Welt wird Gewerkschaftsarbeit massiv behindert, müssen gewerkschaftlich aktive Kolleginnen und Kollegen um ihr Leben fürchten. Die Wirtschafts- und Finanzkrise schränkt Tarifverhandlungsprozesse ein und schwächt damit die Gewerkschaften.

Wenn wir die in uns gesetzten Erwartungen erfüllen und unserer Verantwortung nachkommen wollen, müssen wir international wachsen und unsere solidarischen organisatorischen Kräfte revitalisieren. Der IGB setzt sich zum Ziel bis 2018 rund 45 Millionen neue Mitglieder zu werben. Als eine der traditionell starken nationalen Gewerkschaftsbewegungen tragen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine besonders große Verantwortung, damit dieses Ziel erreicht werden kann. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften:

- werden sich gemeinsam mit den globalen Gewerkschaftsföderationen und dem IGB an der Erarbeitung einer umfassenden Strategie beteiligen, um Beschäftigte im informellen Sektor gewerkschaftlich zu organisieren, denn

die Informalisierung der Arbeitswelt erfordert eine aktive Präsenz freier Gewerkschaften in diesem Sektor. Wie der informelle Sektor gewerkschaftlich organisiert werden kann, zeigt die im Oktober 2013 in Uruguay gegründete International Domestic Workers Federation (IDWF), deren Kapazität bei geschätzten 100 Millionen Hausangestellten weltweit liegt.

- unterstützen die Arbeit des IGB und der Globalen Gewerkschaftsföderationen, Angriffe von Unternehmen und Regierungen auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Vereinigungsfreiheit, Tarifverhandlungen und Streik abzuwehren. In einer Reihe von Ländern befinden sich freie Gewerkschaften in extremer Gefahr, weshalb der IGB eine umfassende und kontinuierliche Kampagne durchführt, um die Kolleginnen und Kollegen dort beim Kampf für ihre Rechte zu unterstützen. Wir werden uns aktiv an den Länderkampagnen des IGB beteiligen und dazu unsere Einflussmöglichkeiten auf einzelne Unternehmen, Wirtschaftsverbände und die Bundesregierung nutzen, um in den bilateralen Beziehungen die Einhaltung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte einzufordern und für nachhaltige Verbesserungen zu sorgen.

- werden in konkreten Fällen, in denen deutsche Unternehmen im Ausland ILO-Standards verletzen, alle vorhandenen Instrumente einschließlich der auf einzelne Konzerne ausgerichtete Kampagnen des IGB und der globalen Gewerkschaftsföderationen nutzen, um ein verändertes Verhalten des Unternehmens zu erreichen. Denn deutsche Unternehmen und die Bundesregierung tragen auch Verantwortung für die Arbeits- und Umweltbedingungen in den Produktionsstätten deutscher Unternehmen im Ausland und bei deren Zulieferern. Die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) müssen weltweit eingehalten werden.

- unterstützen mit ihrer internationalen Arbeit Schwestergewerkschaften in anderen Ländern beim Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen, bei der Mitgliederwerbung und beim Kampf für gute Arbeit und angemessene Löhne. Weltweit, ob in der formellen oder informellen Wirtschaft, muss es Menschen möglich sein, sich in selbst gewählten Organisationen zusammenzuschließen und ihre Interessen kollektiv zu vertreten. Sie dürfen daran

nicht durch eine offen feindliche Haltung der Arbeitgeberseite und/oder der Regierungen gehindert werden.

- nutzen ihre Einflussmöglichkeiten um der Ausbeutung von Menschen entgegen zu treten und die schlimmsten Formen wie Zwangs- und Sklavenarbeit, Menschenhandel und Kinderarbeit zu bekämpfen. Wir fordern die Bundesregierung, die Europäische Union (EU), aber auch internationale Organisationen und Institutionen auf, die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen zum Bestandteil von internationalen Abkommen und Verträgen zu machen. Ausschreibungsverfahren für sportliche Großereignisse müssen eine Klausel zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen enthalten. Daher unterstützen wir die IGB-Kampagne „Re-run the vote – keine Fußball-WM ohne Arbeitnehmerrechte in Katar".

Wichtige Partner für die internationale Arbeit des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften sind der Internationale Gewerkschaftsbund, die globalen Gewerkschaftsföderationen, politische Stiftungen, besonders die Friedrich-Ebert-Stiftung, und das Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks e. V.. Mit diesen, aber auch mit anderen Partnern der Zivilgesellschaft, kooperiert der DGB in seiner internationalen Arbeit und stimmt gemeinsame politische Schwerpunkte, Kampagnen, Projekte und Themen ab.

Globales Regieren – eine kohärente Politik für die Menschen

Eine Ursache für die Vertrauenskrise der Politik liegt im Versagen der Regierungen die Ursachen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu beseitigen. Weltweit leiden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Familien unter den Folgen der Krise und einer falschen sowie systemerhaltenden Krisenbewältigungspolitik. Sei es durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes, Kürzungen sozialer Leistungen, unnötige Liberalisierung von Arbeitnehmerrechten oder durch höhere Steuern und Abgaben: Sie tragen die Hauptlast der Schadensregulierung.

Das Versagen liegt auch begründet in der Unfähigkeit der Regierungen für eine globale Ordnungs- und Strukturpolitik sowie für eine kohärente *Global Governance* zu sorgen. Während die ökonomische Globalisierung auf allen Ebenen voranschreitet, bleiben die globalen politischen Steuerungsinstrumente und –strukturen unzureichend. In ökonomischen Fragen wurden die Vereinten Nationen (VN), denen eigentlich

eine führende Rolle bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung zwischen den Staaten zugedacht war, schon vor langer Zeit an den Rand gedrängt und marginalisiert. Heute besteht *Global Governance* aus einer Vielzahl öffentlicher und privater Institutionen, die nur für abgegrenzte Themenbereiche Regelungskompetenzen besitzen und deren Aktivitäten nicht durch eine zentrale Koordinationsinstanz aufeinander abgestimmt werden. Dieser Flickenteppich lädt Staaten und Unternehmen ein, getroffene Vereinbarungen nicht umzusetzen, internationale Regeln zu unterlaufen und sich diejenigen Institutionen auszusuchen, in denen sie ihre Interessen am besten durchsetzen können. So verfolgen die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfonds (IMF) und die Weltbank ungestraft Politiken, die den Übereinkommen der ältesten UN-Sonderorganisation, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), zuwider laufen und auf den dauerhaften Abbau von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten zielen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb die Bundesregierung auf, national und international eine kohärente Politik zu betreiben, die nachhaltig eine positive Entwicklung von Beschäftigung, Wirtschaft, öffentlichen Finanzen und sozialer Sicherung ermöglicht, indem sie:

- die Vereinten Nationen (VN) als Koordinatorin für globale Politik stärken.

- sich wieder verstärkt in der ILO engagiert, sowohl personell als auch finanziell.

- sich dafür einsetzt, dass die Schaffung ökologisch und sozial nachhaltiger Arbeitsplätze, die mit Arbeitnehmerrechten, sozialer Absicherung und einem menschenwürdigen Einkommen verbunden sind, im Zentrum der G8- und G20-Politik steht. Denn nur so kann ein stabiles Wachstum erreicht werden.

- die entsprechenden G8- und G20-Vereinbarungen kohärent umsetzt und es nicht bei leeren Worthülsen belässt.

- einen starken Fokus auf menschenwürdige Arbeit als Ziel der neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele der VN legt. Denn die Millenniums-Entwicklungs-

ziele der VN sind nur bedingt erreicht worden. Es bedarf nachhaltiger Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz als Fundament einer gerechten Wirtschaft.

- menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit rückt, um ausbeuterische und ungeschützte Arbeit in den Griff zu bekommen und den weltweiten Trend der Ausdehnung des informellen Sektors in den Volkswirtschaften zu stoppen.

- sich dafür einsetzt, dass in den Handelsabkommen der EU mit anderen Ländern keine sogenannten Investitionsschutzklauseln enthalten sind, die es transnationalen Unternehmen (TUN) erlauben, Staaten auf entgangene Profite zu verklagen, wenn z.B. Arbeits- oder Sozialrechte verändert werden.

- sich dafür einsetzt, dass in bi- und multilateralen Handelsabkommen Regulierungsmechanismen integriert werden, die Sanktionen ermöglichen, wenn diese nicht eingehalten werden.

Viele Regierungen haben darin versagt die ILO-Kernarbeitsnormen umzusetzen und damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer globalisierten Weltwirtschaft zu schützen. Dieses Versagen hat zu einer großen Regelungslücke geführt. Nicht zuletzt aus Sorge um ihr öffentliches Erscheinungsbild sind zahlreiche transnationale Unternehmen (TNUs) freiwillige Selbstverpflichtungen eingegangen, was das Entstehen einer privaten Zertifizierungsindustrie zur Folge hatte. Dabei weist die Erfahrung mit Selbstverpflichtungen entlang von Wertschöpfungsketten beängstigende Parallelen mit der Selbstregulierung im Finanzsektor auf, die die Welt 2008 in eine tiefe und andauernde Rezession gestürzt hat. Die Katastrophen in von Corporate-Social-Responsibility-Firmen auditierten Unternehmen in Bangladesch haben uns drastisch vor Augen geführt, wie nutzlos derartige Zertifikate sind, wenn es um die Sicherheit und den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht. Um Beschäftigte in den Unternehmen entlang der globalen Kette der Produktion zu schützen und Standards einzuführen setzen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auf andere Instrumente:

Internationale Rahmenabkommen (IRA):

- ausgehandelt von globalen Gewerkschaftsföderationen und multinationalen Unternehmen, sind sie für uns Gewerkschaften eine strategisch zentrales Element, um auf internationaler Unternehmensebene Arbeitsstandards zu setzen und entlang von Wertschöpfungsketten Arbeitnehmerrechte zu sichern. Gewerkschaften müssen dafür sorgen, dass die bestehenden Abkommen eingehalten werden. Grundlage für den Erfolg von IRAs mit TNUs sind stark organisierte Gewerkschaften im Unternehmen und in den jeweiligen Ländern. Deswegen sind wir aufgerufen die Gewerkschaften in den Ländern zu unterstützen, damit sie ihren Überwachungs- und Gestaltungsaufgaben nachkommen können.

- Zur wirksamen Umsetzung von IRAs bedarf es einer grenzüberschreitenden Vernetzung der Arbeitnehmervertretungen sowohl innerhalb eines Konzerns als auch entlang der teilweise branchenübergreifenden Wertschöpfungskette. Eine große Zahl von IRAs wurde von TNUs mit Sitz in Deutschland abgeschlossen. Daher kommt dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften bei der Initiierung eines ganzheitlichen und stark beteiligungsorientierten Ansatzes internationaler Gewerkschaftsarbeit eine besondere Rolle zu. Ganzheitlich heißt, die verschiedenen Instrumente (IRA, Netzwerke, Organizing, Gewerkschaftsaufbau, etc.) gut miteinander zu verzahnen. Beteiligungsorientiert heißt, dies in enger Kooperation mit Gewerkschaften in anderen Branchen und Ländern anzugehen.

OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen:

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die dreigliedrige *Grundsatzerklärung* über *multinationale* Unternehmen und Sozialpolitik der ILO mit den darin vorgesehenen Beschwerdemechanismen nutzen, um Missstände in Unternehmen anzuzeigen und abzustellen. Die 2011 überarbeiteten Leitsätze der OECD verpflichten Unternehmen mit Sitz in einem der 44 OECD-Mitgliedsländer internationale Arbeitsstandards und menschenwürdige Arbeitsbedingungen einzuhalten. Die Leitsätze gelten auch für Zulieferketten und sonstige Geschäftsbeziehungen sowie für Arbeitskräfte in ungesicherten Beschäf-

tigungsverhältnissen, wie Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter.

- In Deutschland ist die Nationale Kontaktstelle der OECD bislang beim Bundeswirtschaftsministerium in der Abteilung Auslandsinvestitionen angesiedelt. Der DGB kritisiert die Nähe des federführenden Ressorts zur Wirtschaft und fordert die Bundesregierung auf, die Nationale Kontaktstelle als interministerielle Struktur einzurichten, an der auch andere Ressorts wie das Arbeits-, Umwelt-und Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie das Auswärtige Amt gleichberechtigt beteiligt werden. Dadurch würde Fachkompetenz gleichwertig gebündelt, eine bessere Bearbeitung der Fälle ermöglicht und die Ownership für die Leitsätze erweitert. Dies entspräche der längst überfälligen Umsetzung der Bundestagsbeschlüsse 14/8406 und 15/136.

<u>CSR und Multistakeholder-Ansätze:</u>

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden die Umsetzung des Abkommens zur Gebäudesicherheit und Brandschutz in Bangladesch aktiv unterstützen. Das Abkommen stellt eine völlig neue Form einer verbindlichen und rechtlich einklagbaren Vereinbarung für eine ganze Branche eines Landes dar. Es wurde 2013 von den globalen Gewerkschaftsföderationen IndustriAll Global Union und UNI Global, einer Anzahl von freien Gewerkschaften in Bangladesch und über 100 Textil- und Handelsunternehmen aus 19 Ländern unterzeichnet. Es verpflichtet die Textilunternehmen, für sichere Arbeitsplätze in ihren Zulieferfirmen zu sorgen. Wird es erfolgreich implementiert, wäre es auch ein Modell für andere Branchen und Länder.

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wenden sich entschieden gegen die Normierung von Arbeitsstandards durch nichtstaatliche Organisationen, wie z.B. der Internationalen Organisation für Normung (ISO) oder anderer privater Zertifizierungsunternehmen. Hier wird eine Privatisierung von Arbeitsstandards betrieben, bei der es zu Einschränkungen von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten kommen kann. Arbeitsstandards und Arbeitsrechte haben nichts zu suchen in der Welt der Standard-

setzung ohne eine Legitimation und Beteiligung von Gesetzgebung und freien Gewerkschaften.

UN-Leitprinzipien über Wirtschaft und Menschenrechte

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Regierung auf, die UN-Leitprinzipien über Wirtschaft und Menschenrechte auf nationaler Ebene umzusetzen. Sie eröffnen neue Wege für die Verhandlung umfassender IRAs und stellen klar, dass die Achtung von Menschenrechten, einschließlich grundlegender Arbeitnehmerrechte, durch Unternehmen nicht der Freiwilligkeit unterliegt, sondern zentraler Bestandteil ihrer unternehmerischen Sorgfaltspflicht ist.

Die ILO ist das Kompetenzzentrum für die Welt der menschenwürdigen Arbeit

Internationale Normen für menschenwürdige Arbeit und für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind das Bollwerk gegen die Kräfte, die soziale Standards überall auf der Welt absenken wollen. Sie gilt es unter allen Umständen zu verteidigen. Diese Aufgabe muss die ILO künftig wieder in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Normensetzung und Normenkontrolle müssen in der ILO wieder zum Herzstück der Arbeit werden, um die sich alle anderen Tätigkeitsfelder der Organisation herum gruppieren. Es gilt, die bereits existierenden 189 Übereinkommen, die seit 1919 geschaffen wurden, zu stärken. Die Einhaltung dieser ist durch die Überwachungsmechanismen und die technische Hilfe des Amtes umzusetzen.

Es ist die Aufgabe der ILO und ihrer Konstituenten und damit des DGB sich dafür stark zu machen, dass globale Politik nicht länger nur als Freihandels- und Wettbewerbspolitik interpretiert wird, sondern vor allem unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten betrachtet wird. Solange das vor der Krise bestehende Beschäftigungsniveau nicht wieder erreicht ist, ist die Krise nicht vorüber. Die ILO hat mit ihrem „Globalen Beschäftigungspakt" den Werkzeugkasten für eine globale Politik für mehr und bessere Jobs bereits in der Hand. Sie muss allerdings von den Mitgliedsstaaten viel nachdrücklicher einfordern, ihn auch zu nutzen.

Prekäre Beschäftigung zu bekämpfen und für eine neue Ordnung der Arbeit sorgen, ist der von der Verfassung und der Erklärung von Philadelphia vorgegebene Auftrag der ILO und

ihrer Konstituenten. Es ist an der Zeit, mit entsprechenden Normen eine Auffanglinie gegen die fortlaufende Entwertung der Arbeit zu schaffen, prekäre und informelle Arbeit zu unterbinden, denn sie sind keine menschenwürdige Arbeit.

Jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer hat ein Recht auf ein Mindestmaß an sozialem Schutz, sei es in der informellen oder in der formellen Wirtschaft. Das hier bereits Erreichte in den entwickelten Industriegesellschaften des Nordens darf nicht angetastet werden. Gleichzeitig kann die ILO gerade in den Schwellenländern viel für die Reform bzw. Einführung von Systemen sozialer Sicherung tun.

Kinderarbeit ist ein Verbrechen an den Kindern. Sie gefährdet ihre Gesundheit und raubt ihnen die Zukunft. Die Ausbeutung von Kindern durch Arbeit und der Mangel an menschenwürdigen Arbeitsplätzen für Erwachsene sind zwei Seiten einer Medaille. Obwohl die Zahl arbeitender Kinder nach ILO-Angaben seit dem Jahr 2000 um etwa ein Drittel zurückgegangen ist, müssen immer noch fast 170 Millionen Kinder weltweit arbeiten, die Hälfte davon unter schlimmsten Bedingungen. Um Kinderarbeit wirkungsvoll zu bekämpfen, bedarf es neben gesetzlichen Verboten und deren Überwachung vor allem eines öffentlichen Bildungssystems, das allen Kindern den kostenlosen Zugang zu qualitativ hochwertiger Schulbildung ermöglicht.

Die hohe Arbeitslosigkeit von Jugendlichen weltweit ist ein Skandal. Junge Menschen fordern zu Recht eine Perspektive in der Arbeitswelt und der Gesellschaft. Die Tatsache, dass die politischen Umwälzungen in Nordafrika von jungen Menschen ohne Perspektive ausgingen, ist nur ein Beispiel für das drängende Problem.

Die Gleichberechtigung der Frauen in der Arbeitswelt ist noch lange nicht erreicht. Ungleiche Löhne, der Spagat zwischen Familie und Beruf und der Ausschluss aus der beruflichen Qualifizierung sind wirtschaftlich und sozial nicht länger hinzunehmen. Die Arbeit der ILO muss diese Aspekte in allen Bereichen ihrer Arbeit mitdenken und Lösungsansätze von globaler bis lokaler Reichweite erarbeiten.

In der Schaffung ökologischer und sozial nachhaltiger Arbeitsplätze liegt ein immenses Potential. Die ILO muss ihre Arbeit hierzu – gerade auch im G20- Kontext – intensivieren und aufzeigen, wie es zu erfolgreichen und gerechten Übergängen von einer alten klimaschädlichen Industrieproduktion zu ei-

nem neuen, ressourcenschonenden Wirtschaften kommen kann. Die ILO hat hier die große Chance, die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze mit ehrgeizigen Klimazielen zu verbinden.

Obwohl es ausreichende Nachweise gibt, dass die Umsetzung von internationalen Arbeitsstandards der ILO positive oder aber zumindest neutrale ökonomische Auswirkungen haben, sind die Ratifizierungszahlen in vielen Ländern gering. Bisher ist es der ILO nicht gelungen, hier einen Paradigmenwechsel zu vollziehen. Arbeitsstandards sorgen nachweislich für eine gerechtere Verteilung und berechtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre eigenen Interessen zu vertreten.

Menschenwürdige Arbeit ist messbar! Dazu braucht es die Aufarbeitung der in der ILO vorhandenen Länderdaten. Ein jährlicher Bericht mit messbaren Indikatoren über die Entwicklung menschenwürdiger Arbeit muss ein Ziel sein, das der DGB im Verwaltungsrat der ILO vorantreibt.

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ist mehr denn je notwendig. Dies zeigt auch das Beispiel der Fußball Weltmeisterschaft 2022 in Katar. Die Bedingungen der 1,3 Millionen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, die unter sklavenähnlichen Bedingungen in diesem Land die Stadien für die Fußballweltmeisterschaft 2022 aufbauen, zeigen, wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen durch alle beteiligten Akteure ist. Die Weltgemeinschaft muss hier Verantwortung übernehmen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden diese Kampagne aktiv unterstützen und dazu beitragen, dass Katar die ILO-Kernarbeitsnormen nicht nur ratifiziert sondern auch nachprüfbar umsetzt.

Ungleichheit bekämpfen

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften leisten ihren Beitrag zur Bekämpfung der Ungleichheit. In der Welt der Arbeit sind es die international vereinbarten Arbeitsstandards, die dafür die Grundlage bilden. Sie tragen zu sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und demokratischer Teilhabe bei und verhindern Unterbietungspolitiken. Sie befördern eine Mindesteinkommenssicherheit und soziale Dienstleistungen für alle, sie weisen rücksichtslose Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in ihre Schranken und nehmen ihnen die unbegrenzte Macht gegenüber ökonomisch Abhängigen. Implementierte Arbeitsstandards verändern folglich die Machtverhältnisse in Gesellschaften.

Die Regulierung der Arbeitsmärkte weltweit ist somit in erster Linie dazu da, inklusive und demokratische Gesellschaften mit gesetzlich verankerten Rechten für die Beschäftigten zu schaffen. Um dies zu erreichen müssen die Kernarbeitsnormen der ILO mit positiven Rechten wie Mindestlöhnen, Arbeitszeitregulierung, Mutterschutz und Sozialschutz einhergehen. Nur wenn die Ungleichheit in und zwischen Gesellschaften verringert wird, können prosperierende Gesellschaften entstehen. Als besonders schlimme und lange im Ausmaß unterschätzte Form der Ausbeutung gilt es auch gegen den Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung vorzugehen und die dahinter steckende organisierte Kriminalität vehement zu bekämpfen.

Um die heutige soziale und ökonomische Ungleichheit zu überwinden, müssen althergebrachte Strukturen und Machtverhältnisse in Frage gestellt werden. Als eines der reichsten Länder der Welt muss Deutschland seiner internationalen Verantwortung gerecht werden. Die Bundesregierung hat sich erneut verpflichtet jährlich 0,7% des Bruttoinlandproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften erwarten, dass dieses Versprechen von der aktuellen Bundesregierung umgesetzt wird, damit wir einer sozial-gerechten Welt ein Stück näher kommen.